

Angriffe auf Beschäftigte, Stellenplanobergrenzen und Attraktivitätsoffensive

Mit dem Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Peter Biesenbach, sprach das DBB NRW Magazin.

DBB NRW Magazin: Wie haben Sie die ersten beiden Jahre als Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen erlebt? Hatten Sie es sich so vorgestellt?

Peter Biesenbach: Zunächst einmal bin ich sehr dankbar dafür, Regierungsverantwortung tragen und die Geschicke unseres Landes an einer Schlüsselposition aktiv mitgestalten zu dürfen. Nach der vergangenen Wahlperiode, in der ich Oppositionsabgeordneter war, bin ich mir dieses Privilegs sehr bewusst. Hinzu kommt, dass ich mit dem Ministerium der Justiz ein ungemein leistungsstarkes Haus übernehmen durfte, das sein Personal gewissermaßen aus ‚den Besten der Besten‘ rekrutiert, die die nordrhein-westfälische Justiz zu bieten hat. In einem solchen Umfeld kann man viel bewegen und daran habe ich Tag für Tag große Freude!

Die täglich zu bewältigende Fülle von Akten, Besprechungen und Terminen geht allerdings nochmal ein ganzes Stück über das hinaus, was ich als Landtagsabgeordneter gewohnt war. Gleichwohl bemühe ich mich, weitgehend



Peter Biesenbach und Roland Staupe

© F. Windmüller

selbst Herr über meinen Terminkalender zu bleiben – getreu dem Motto: „Nicht der Tag bestimmt, was mit mir passiert, sondern ich bestimme, was mit meinem Tag passiert.“ Leider lässt sich diese Devise in einem Ministeramt nicht immer vollständig durchhalten.

DBB NRW Magazin: Welche Akzente möchten sie in dieser Legislaturperiode setzen? Haben Sie besondere Themen,

die Sie in jedem Fall gerne verwirklichen wollen?

Peter Biesenbach: Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, eine bedarfsgerechte Personalausstattung in der Justiz zu erreichen, was in der ersten Hälfte der Legislaturperiode konsequent gelungen ist. Seit dem Regierungswechsel sind allein in den ersten beiden Jahren verteilt über alle Dienstzweige der gesamten Justiz über 1.600

neue Planstellen und Stellen neu geschaffen worden. Unter Einbeziehung des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zum Haushalt 2020 hätten wir zu Beginn des Jahres 2020 einen Stellenzuwachs von rund 1.900 neuen Planstellen und Stellen zu verzeichnen. Wir haben damit das mit Abstand größte Investitionsprogramm der letzten Jahrzehnte in der nordrhein-westfälischen Justiz begonnen. Diesen Weg möchte ich in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode fortsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit für die zweite Hälfte der Wahlperiode wird der Justizvollzug sein. Hier möchte ich vor allem die Behandlungs- und Betreuungsstandards, die Suizidprävention und den Brandschutz in den Anstalten weiter verbessern.

Auf bundespolitischer Ebene werbe ich derzeit u. a. aktiv für die Beschleunigung infrastruktur- und wirtschaftsrelevanter Verfahren und die Strafbarkeit des Werbens für terroristische Straftaten. Zudem möchte ich die Einrichtung von „Commercial Courts“ an ausgewählten Oberlandesgerichten ermöglichen, an denen wir in großen Wirtschaftsstreitigkeiten künftig auch englischsprachige Verfahrensangebote zur Verfügung stellen wollen, um den

4 Fridays for Future

Einsatz für das Klima



5 Ulrich Biermann neuer Vorsitzender

BSBD NRW Gewerkschaftstag in Paderborn



6 DSTG-Bezirksverbandstag Rheinland

Marc Kleischmann zum Vorsitzenden gewählt



Justizstandort NRW im internationalen Vergleich attraktiver zu machen. Sie sehen: Wir haben bereits viel erreicht, aber auch noch ein gutes Stück Arbeit vor uns!

DBB NRW Magazin: Stichwort Attraktivitätsoffensive für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen und speziell für die Justizangehörigen. Welche Wege wollen Sie gehen?

Peter Biesenbach: Die Justiz NRW hat eine vergleichsweise gute Altersstruktur. Dennoch führen Personalabgänge aus Alters- und sonstigen Gründen zu einem kontinuierlich hohen Personalbedarf, der sich unterschiedlich stark auf alle 27 Berufsgruppen der Justiz NRW erstreckt. Verstärkt wird der Bedarf durch die wichtige Schaffung neuer Stellen. Allein in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ist es uns gelungen, 1.635 zusätzliche Stellen zu schaffen.

Es ist jedoch zunehmend schwierig, diesen Bedarf an Nachwuchskräften zu decken. Wir befinden uns in einem intensiven Wettbewerb um eine relativ kleine Gruppe potenziell geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten. Hier konkurriert die Justiz NRW mit vielen anderen Arbeitgebern aus dem staatlichen wie aus dem privatwirtschaftlichen Bereich. Die Personalgewinnung hat sich so zu einem zentralen Zukunftsthema der Justiz NRW wie im Übrigen auch der übrigen Landesjustizverwaltungen entwickelt.

DBB NRW Magazin: Was also unternehmen Sie, um diese Aufgabe zu bewältigen?

Peter Biesenbach: Wir haben uns schon früh mit der Frage befasst, womit wir die aktuellen Bewerbergenerationen für uns gewinnen können. Dabei haben wir festgestellt, dass die Justiz sehr weitgehend die Anforderungen erfüllt, die die sogenannten Generationen Y und Z, aber



zum Beispiel auch Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare an ihre künftigen Arbeitgeber stellen. Vielmehr als bei vorhergehenden Generationen sind für sie die Wahrung ihrer Individualität, die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit, flache Hierarchien und ähnliche Faktoren von Belang. Hier haben wir große Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Arbeitgebern.

Allerdings haben wir auch festgestellt, dass die Justiz kaum als potenzieller Arbeitgeber wahrgenommen wird. Außerdem überwiegt auch heute noch oft das Image einer verstaubten Behörde, deren Mitarbeiter in dunklen Zimmern hinter Aktenbergen sitzen und dort bis zum Dienstschluss verharren. Ich kann Ihnen versichern, dass das in keiner Hinsicht zutrifft. Aber das müssen wir besser kommunizieren, als wir das bislang getan haben.

Deshalb habe ich am 21. Januar 2019 die erste landesweite Kampagne gestartet, die in einer die Bewerbergenerationen ansprechenden Art und Weise auf die Justiz als Arbeitgeber aufmerksam macht und zugleich eine ganz wichtige Botschaft vermittelt: Hinter den Akten, den Verfahren, stehen Menschen. Mit deren Schicksalen beschäftigen wir uns. Die Menschen stehen im Zentrum unseres Handelns, sie haben wir im Sinn, wenn wir uns mit einem Rechtsstreit oder einer Straftat befassen.

Mit Blick auf das Kommunikationsverhalten unserer potenziellen Nachwuchskräfte findet die Kampagne weit überwiegend in digitalen Medien statt. Unter Zugrundelegung technischer Kennzahlen ist die Kampagne sehr erfolgreich. Die Analyse, ob sich die Kampagnenelemente auch auf die tatsächlichen Bewerberzahlen auswirken, ist noch nicht abgeschlossen. In jedem Fall befinden wir uns aber auf einem guten Weg, den wir mit großem Engagement auch künftig beschreiten werden.

DBB NRW Magazin: Die Landesregierung hat im März 2017 durch eine Änderung der Landesobergrenzenverordnung die Stellenobergrenzen (allein) für die Steuerverwaltung angehoben. Wollen Sie diese Regelung auch für die Justiz übernehmen?

Peter Biesenbach: „Die derzeitige Situation ist in der Tat unbefriedigend. Der Justizhaushalt schöpft die geltenden Stellenobergrenzenregelungen sowohl im Bereich der Laufbahngruppe 1.2 als auch im Bereich der Laufbahngruppe 2.1 bereits vollständig aus. Daher besteht derzeit leider kein Handlungsspielraum für eine Verbesserung des „Stellenkegels“.“

Abhilfe könnte eine Änderung der Landesobergrenzenverordnung schaffen. 2017 sind die Stellenobergrenzen (allein) für die Steuerverwaltung angehoben und auf diese Weise rund 700 Beförderungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe 2.1 (ehemals gehobener Dienst) der Finanzverwaltung geschaffen worden.

Ich kann nachvollziehen, dass die Beschäftigten der Justiz den nunmehr deutlich besseren Stellenschlüssel der Finanzverwaltung als ungerecht empfinden. Selbstverständlich wollen wir diese Regelung für die Justiz übernehmen. Hierzu bedarf es jedoch der Zustimmung des Finanzministers.

Bereits mein Amtsvorgänger hatte sich ohne Erfolg beim damaligen Finanzminister für eine Übernahme des verbesserten Stellenschlüssels in der Justiz eingesetzt. Im September 2017 habe ich in einem persönlichen Schreiben an Herrn Minister Lienenkämper ebenfalls für dieses Anliegen geworben.

Vor dem Hintergrund zahlreicher unbesetzter Planstellen in der Laufbahngruppe 2.1 muss die entstandene strukturelle Ungleichbehandlung des hiesigen Geschäftsbereichs mit der Finanzverwaltung im Wettbewerb um die besten Köpfe erneut auf den Prüfstand. Ich beabsichtige daher, in dieser Sache in Kürze erneut auf den Finanzminister zuzugehen.

Im Bereich des (ehemals) mittleren Dienstes könnte ebenfalls nur durch eine Änderung der Stellenobergrenzenregelungen Abhilfe geschaffen werden. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass sich aus den geltenden Stellenobergrenzenregelungen – anders als bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern – keine Benachteiligung der Justiz ergibt.

DBB NRW Magazin: Wie stellen Sie sich vor, die durch die Expertenkommission zur Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten des Justizvollzugs festgestellten Mängel zeitnah zu beheben und die geforderten personellen Maßnahmen umzusetzen?

Peter Biesenbach: Die Empfehlungen der Expertenkommission haben Anlass gegeben, Prüfverfahren einzuleiten, um festzustellen, welche Vorschläge auch aus der Sicht der Fachabteilung des Ministeriums und der vollzuglichen Praxis umgesetzt werden sollten und welcher Aufwand in finanzieller sowie organisatorischer Sicht damit verbunden ist. Der Bericht der Kommission ist deshalb den Leiterinnen und Leitern der Justizvollzugsanstalten des

Landes zugeleitet worden. Auf einer Besprechung mit den Anstaltsleitungen am 12. und 13. September 2019 sind die Empfehlungen in Workshops zwischen der vollzuglichen Praxis und dem Ministerium erörtert worden. Die Ergebnisse werden in die noch nicht abgeschlossenen weiteren fachlichen Bewertungen einfließen. Parallel hierzu sind in den letzten zwei Monaten im Rahmen erster Sofortmaßnahmen einige Empfehlungen, die keinen erheblichen Umsetzungsaufwand auslösen, umgesetzt worden.

Mir ist es zudem wichtig, die für die Sicherheit in den Anstalten erforderlichen Veränderungen in einem möglichst breiten politischen Konsens voranzutreiben. Deshalb habe ich die rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Landtag vertretenen Fraktionen mit Schreiben vom 21. August 2019 eingeladen, sich an einer Koordinierungsrunde aus Vertretern der Fraktionen und der Vollzugsabteilung des Ministeriums der Justiz zu beteiligen. In dieser Runde könnte zunächst ein Fahrplan für die Umsetzung der Vorschläge erarbeitet werden. Sie soll auch im Weiteren turnusmäßig als Forum dienen, in dem über den jeweiligen Umsetzungsstand der Maßnahmen informiert werden kann. Dieses Gremium ist auch deshalb von besonderer Relevanz, weil es sich nicht nur mit rein vollzuglichen Fragen beschäftigen soll, sondern vielmehr auch die dem Haushaltsgesetzgeber obliegende Aufgabe in den Blick nimmt, in welchem finanziellen Umfang Sicherheitsstrukturen in den Anstalten verbessert werden sollen.

DBB NRW Magazin: Der Ministerpräsident des Landes, Armin Laschet, hatte auf dem DBB NRW Gewerkschaftstag im Mai dieses Jahres zu den Angriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes klare Worte gefunden und die Verfolgung jedes Verfahrens, das einen sol-

chen Angriff zum Gegenstand hat, in Aussicht gestellt. Unterstützen Sie das Anliegen?

Peter Biesenbach: Der Ministerpräsident hat vollkommen Recht, wenn er zum Ausdruck bringt, dass Menschen, die ihre Haut für andere riskieren, nicht das Signal erhalten dürfen: „Wenn du dabei etwas abbekommen hast, dann ist das eben Berufsrisiko und dein Problem.“ Das Wohlergehen der öffentlichen Bediensteten liegt in unser aller Interesse. Das gilt übrigens auch für private Ersthelfer, für die der Gesetzgeber in § 323 c Abs. 2 StGB den strafrechtlichen Schutz kürzlich ausgebaut hat. Der Ministerpräsident hat seine Aussage in klarer Absprache mit dem JM getroffen.

Diesem Anliegen nachdrücklicher Strafverfolgung tragen die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren Rechnung. Die Behördenleitungen berichten mir, dass sich hier durch konsequente Sensibilisierung das Problembewusstsein auch in den Behörden deutlich geschärft habe.

Es zeichnet nun aber unseren Rechtsstaat aus, dass wir dabei nicht mechanisch vorgehen, sondern in jedem Einzelfall prüfen, wie eine Straftat sinnvoll zu verfolgen ist. Jeder Praktiker weiß: Es werden immer Fälle bleiben, in denen eine Einstellung sachgerecht sein kann. Ein Täter-Opfer-Ausgleich kann Wunder wirken, wenn der Beschuldigte sich einsichtig zeigt und sich entschuldigt. Oder man entscheidet sich ganz pragmatisch, den Beschuldigten besser zügig abzuschieben. Ganz wichtig ist dabei immer das Votum des Verletzten selbst. Wenn er oder sie auf Bestrafung keinen Wert legt, dient die Einstellung am Ende dem Rechtsfrieden besser als ein Urteil.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für dieses Gespräch. ■



Die Autoversicherung mit Telematik Plus

Damit können Sie noch günstiger fahren

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

- Niedrige Beiträge sichern
- Top Schadenservice erhalten
- Bis zu 30 % Folge-Bonus mit dem Telematik-Tarif bekommen
Die HUK-COBURG unterstützt und belohnt Ihren sicheren Fahrstil.
- 30-Euro-Bonus* mitnehmen
dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 30 Euro dbb-Bonus.*

Gleich Angebot abholen

Mehr Informationen erhalten Sie von Ihrem Berater unter www.HUK.de/dbb
Oder telefonisch unter: **0800 2 153153**
– kostenlos aus deutschen Telefonnetzen



Mehr Infos?
QR-Code scannen.

* dbb-Mitglieder, die mit ihrer Autoversicherung als Neukunde zur HUK-COBURG wechseln, erhalten einen Bonus von je 15 € im Beginnjahr und 15 € im ersten Folgejahr.

** Sie können bis zu 30 % auf Ihre Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherung sparen.

Einsatz für das Klima

Fridays for Future – öffentliche Dienst bietet großes Potenzial

Zu einem globalen Klimastreik hatte die Fridays-for-Future-Bewegung für den 20. September 2019 aufgerufen. Im Mittelpunkt der Bewegung stand die Frage, wie die Klimakrise noch abgewendet werden kann.

Vorschläge dazu sollten am gleichen Tag aus Berlin präsentiert werden. Doch neben großen Plänen gibt es auch viele kleine Schritte, die für mehr Klimaschutz gemacht werden können. Auch der öffentliche Dienst bietet großes Potenzial. Alleine im unmittelbaren Öffentlichen Dienst arbeiten in Nordrhein-Westfalen mehr als 650 000 Menschen in knapp 4 300 Gebäuden.

Viele von ihnen beteiligen sich an den Veranstaltungen zum

Klimastreik und machen dabei deutlich, wie wichtig ihnen dieses Thema ist. Doch der öffentliche Dienst kann noch einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz beitragen: Knapp 4 300 Gebäude befinden sich im Eigentum des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW, viele davon befinden sich in einem schlechten Zustand. „Die Energiebilanz vieler Immobilien ist alles andere als gut und auch eine veraltete technische Ausstattung, von Lampen bis hin zu Computern, verbraucht

deutlich mehr Strom als moderne Geräte“, erklärte **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW. „Hier gibt es noch großes Einsparpotenzial.“

Dieses sieht er aber auch in einem anderen Bereich: Mehr als 650 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst, das bedeutet auch, dass diese Menschen morgens zur Arbeit und am Nachmittag wieder nach Hause kommen müssen. Ein großer Teil der Beschäftigten legt diesen Weg mit dem Pkw zurück,

was nicht nur zu einer schlechten Staubilanz führt, sondern auch negative Folgen fürs Klima hat. „Ein Jobticket mit guten Konditionen könnte hier zum Beispiel eine Möglichkeit sein, mehr Beschäftigte zum Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen“, so der Landesvorsitzende. Natürlich immer unter der Voraussetzung, dass eine entsprechend gute Infrastruktur vorhanden ist, denn auch hier sieht er noch Verbesserungspotenzial. ■



© Nicola

Sachgrundlose Befristung und Vorbeschäftigung

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) äußert sich zur Möglichkeit von sachgrundlosen Befristungen bei Vorbeschäftigungen bei demselben Arbeitgeber

Das BAG hatte dieses Jahr mehrfach Gelegenheit zu konkretisieren, wann bzw. ab welchem Zeitraum eine Vorbeschäftigung bei demselben Arbeitnehmer möglich ist, ohne dass eine sachgrundlose Befristung eines Arbeitsverhältnisses unzulässig wäre und das Arbeitsverhältnis (bei fristgerechter gerichtlicher Geltendmachung) als unbefristet gilt.

Hintergrund ist, dass nach den Vorgaben des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) die kalendermäßige Befristung eines Arbeitsvertrags ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes im Grundsatz nur bis zur Dauer von zwei Jahren

zulässig ist. Und dies auch nur dann, wenn mit demselben Arbeitgeber nicht „bereits zuvor“ ein Arbeitsverhältnis bestanden hat. Mit dem Thema „bereits zuvor“, also der Vorbeschäftigung, hat sich das Bundesarbeitsgericht in diesem Jahr mehrfach beschäftigen müssen und zeitliche Grenzen vorgegeben.

Das BAG hatte sich bereits im Jahr 2011 schon mit dieser Frage auseinandergesetzt und war der Auffassung, dass eine (mehr als) drei Jahre zurückliegende Vorbeschäftigung für die Wirksamkeit der sachgrundlosen Beschäftigung unschädlich sei. Nach Ablauf dieses Zeitraums

könne ein Arbeitnehmer erneut ohne Sachgrund befristet eingestellt werden. Allerdings ist das Bundesverfassungsgericht dem nicht gefolgt und erklärte diese Auslegung des § 14 Abs. 2 Satz 2 TzBfG im Jahr 2018 für verfassungswidrig. Der Gesetzgeber habe sich, so das Bundesverfassungsgericht, klar gegen eine (starre) Frist entschieden. Es betonte aber, dass das Verbot der sachgrundlosen Befristung durch verfassungskonforme Auslegung eingeschränkt werden könne und müsse, soweit es unzumutbar ist. Weil eine Gefahr der Kettenbefristung in Ausnutzung der strukturellen Unterlegenheit der Beschäftigten nicht bestehe und das Verbot der sachgrundlosen Befristung nicht erforderlich sei, um das unbefristete Arbeitsverhältnis als Regelbeschäftigungsform zu erhalten. Dies könne bspw. dann der Fall sein, wenn eine Vorbeschäftigung sehr lange zurückliege.

Unklar blieb, welche Zeit hierfür als ausreichend anzusehen ist. Nachdem das BAG in Entscheidungen aus diesem Jahr eine 8-jährige, aber auch eine rund 15-jährige Unterbrechung – ohne Hinzutreten weiterer Umstände – als nicht hinreichend für eine erneute sachgrundlose Befristung eingeschätzt hatte, geht es ausweislich einer Pressemitteilung (Nr. 29/19) in der jüngsten Entscheidung hierzu vom 21. August 2019 (Az.: 7 AZR 452/17) davon aus, dass bei einer erneuten Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber bei einer Unterbrechung von 22 Jahren eine sachgrundlose Befristung des Arbeitsverhältnisses möglich sei. Zumal im entschiedenen Fall auch keine weiteren Besonderheiten hinzukämen, weshalb das Befristungsverbot noch greifen müsse.

Insofern gibt es zwar keine erneute starre Grenze, aber die Entscheidungen des BAG kön-

Berufspolitik

nen als Hinweise dazu verstanden werden, wann eine Überprüfung einer Befristung des Arbeitsvertrags lohnenswert sein könnte. Hierbei ist den Betroffenen anzuraten, zeitnah tätig zu werden, da

im Streitfall das Bestehen eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses und die Überprüfung der Unwirksamkeit der Befristung fristgebunden gerichtlich geltend gemacht werden muss.

Der dbb und auch der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen lehnen die Möglichkeit einer Befristung eines Arbeitsverhältnisses ohne sachlichen Grund grundsätzlich und generell ab. Es

bleibt abzuwarten, ob und inwiefern der Gesetzgeber tätig wird, um die Möglichkeiten der Befristung einzugrenzen, so wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht.

MP

Ulrich Biermann löst Peter Brock als Vorsitzender ab

Jutta Endrusch gratuliert für den DBB NRW auf dem BSBD NRW Gewerkschaftstag

Auf dem Gewerkschaftstag des BSBD NRW, der Gewerkschaft Strafvollzug, am 5. September 2019 in Paderborn wurde das 70-jährige Bestehen des Verbandes gefeiert und die Landesleitung neu gewählt.

Nach achtjähriger Tätigkeit als Vorsitzender stand Peter Brock für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Zum neuen Vorsitzenden wurde Ulrich Biermann (JVA Bielefeld-Senne) mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Die Zweite Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Jutta Endrusch, dankte Peter Brock für die geleistete Arbeit und für die stets gute Zusammenarbeit. Sie gratulierte dem neuen Vorsitzenden und der



Die neu gewählte Landesleitung des BSBD NRW: Detlef Plömacher, Birgit Westhoff, Ulrich Biermann, Stefan Leif, Horst Butschinek, Achim Hirtz (v. l.)

neu gewählten Landesleitung und bot die Unterstützung des DBB NRW Vorstandes an.

In ihrem Grußwort ging sie auf die vom DBB NRW geforderte Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst ein, die aufgrund der demografischen Entwicklung und der besonderen Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft zwingend erforderlich sei.

„Allein in den nächsten zehn Jahren scheidet bundesweit 1/3 aller Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst aus. Das sind ca. 1,2 Millionen Kolleginnen und Kollegen“, so Endrusch.

Auch in Nordrhein-Westfalen fehle heute schon fast überall gut ausgebildetes Personal. Es fehle an Fachkräften, die unterrichten, sichern, pflegen, ordnen und Einnahmen generieren. Allein in der Landesverwaltung gebe es mehrere Tausend unbesetzte Planstellen.

„Hier besteht dringender Handlungsbedarf – und zwar jetzt!“, rief die 2. Vorsitzende den anwesenden Landespolitikern auf dem Gewerkschaftstag unter dem Beifall der Delegierten zu. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiteten an der Belastungsgrenze. „Deshalb: keine weitere Arbeitsverdichtung!“



Peter Brock, Jutta Endrusch, Justizminister Peter Biesenbach und Ulrich Biermann (v. l.)

Mehr Wertschätzung von Gesellschaft und Politik für Leistungen der Strafvollzugsbediensteten

Interview mit dem langjährigen Vorsitzenden des BSBD NRW, Peter Brock

DBB NRW Magazin: Wie lange waren Sie im Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) in welchen Funktionen in Nordrhein-Westfalen tätig?

Peter Brock: Ich bin seit dem 1. Oktober 1982 Mitglied im

BSBD NRW. Am 18. März 1994 wurde ich zum Vorsitzenden des Ortsverbandes Rheinbach gewählt. Dies war im Übrigen meine erste Funktion im BSBD. Dieses Ehrenamt war mir sehr wichtig, weil der unmittelbare Kon-

takt zu den Kolleginnen und Kollegen vor Ort und deren Rückmeldungen ein gutes Korrektiv für meine Arbeit darstellte. Diese Funktion habe ich deshalb auch bis Februar 2008 wahrgenommen. Bevor ich im September 2011

zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, war ich zehn Jahre als Beisitzer im Landesvorstand des BSBD für den Rechtsschutz zuständig.

DBB NRW Magazin: Was macht einen guten Vorsitzenden aus?

Peter Brock: Ich kann nicht genau benennen, was wirklich einen guten Vorsitzenden ausmacht. Jeder bringt sich mit seinen spezifischen Kompetenzen und Fähigkeiten in diese Funktion ein. Ob er letztlich gewerkschaftlich erfolgreich ist, hängt nach meinem Dafürhalten auch von vielen Unwägbarkeiten und glücklichen Zufällen ab.

Ich für meine Person habe immer großen Wert auf die Rückkoppelung mit der Gewerkschaftsbasis gelegt. Die Vorstellungen vor Ort waren mir deshalb so wichtig, um nicht im luftleeren Raum zu operieren, denn schließlich wollen wir etwas für die Kolleginnen und Kollegen erreichen. Rückblickend kann ich feststellen, dass diese Form der Basisorientierung meine Arbeit sehr bereichert hat. Ich habe stets die Unterstützung der Mitglieder gespürt, was meine Überzeugungen gefestigt und mein Eintreten für deren Durchsetzung gestärkt hat.

Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, eigene Praxiserfahrung, Kontinuität und Vertraulichkeit, aber



Peter Brock

© F. Windmüller

auch ein gewisses Maß an Durchsetzungsvermögen und Hartnäckigkeit sowie letztendlich die Menschlichkeit und der Respekt im Umgang miteinander dürften für einen guten Vorsitzenden schon recht hilfreich sein. Letztlich aber wird ein Vorsitzender Erfolge nicht als Einzelkämpfer erzielen. Eine gute Mannschaft, die sich wechselseitig ergänzt, stützt und stärkt, ist nach meiner Auffassung unerlässlich, will eine Gewerkschaft erfolgreich sein.

DBB NRW Magazin: Wie haben Sie den Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen gehalten?

Peter Brock: Die Besuche der Vollzugseinrichtungen und die vielen vertraulichen Gespräche und der persönliche Meinungsaustausch haben einen großen Teil meiner Zeit beansprucht.

Im Laufe der Zeit gewann der Medieneinsatz jedoch zunehmend an Bedeutung. Schließlich ist es nicht mehr kompliziert, eine Videokonferenz über Skype zu schalten. Natürlich habe ich daneben auch das gute alte Telefon genutzt, um Informationen zu erhalten.

DBB NRW Magazin: Was war Ihr persönlich größter Erfolg als Vorsitzender des BSBD NRW?

Peter Brock: Diese Frage sollen und müssen andere beantworten. Sehr gefreut habe ich mich darüber, dass es uns gelungen ist, die berufliche Bildung der Strafgefangenen in das Portfolio des Vollzuges als hoheitliche Aufgabe zurückzuführen. Ich persönlich sehe meinen Erfolg darin, dass es mir gelungen ist, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und somit den BSBD wieder als ernstzunehmenden Gesprächspartner in den Medien, der Politik und bei der Administration zu etablieren.

DBB NRW Magazin: Was wünschen Sie dem Justizvollzug in

Nordrhein-Westfalen für die Zukunft?

Peter Brock: Ich wünsche mir, dass meine Kolleginnen und Kollegen möglichst verschont bleiben von besonderen Vorkommnissen und am Ende des Dienstes immer gesund zu ihren Familien zurückkehren, dass die Arbeitsbedingungen, die Sicherheitsausstattung, die Arbeitsplatzgestaltung, die Personalausstattung und finanzielle Alimantation verbessert werden, damit sie dem Arbeitseinsatz, der Arbeitsleistung und der Verantwortung entsprechen.

Letztendlich wünsche ich mir mehr Wertschätzung der Gesellschaft und der Politik für die Leistungen jedes Einzelnen, denn die Kolleginnen und Kollegen leisten hinter den hohen Mauern unserer Vollzugsanstalten einen harten, aufreibenden, physisch und psychisch belastenden Dienst für uns alle.

DBB NRW Magazin: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen Gesundheit und Glück auf ihrem weiteren Lebensweg. ■

DSTG-Bezirksverbandstag Rheinland wählt neuen Vorsitzenden

Roland Staude gratuliert Marc Kleischmann zur Wahl

Die Delegierten auf dem 2. Bezirksverbandstag der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) Rheinland am 25. September 2019 in Oberhausen wählten Marc Kleischmann mit einem überwältigenden Ergebnis zum neuen Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Staude, gratulierte herzlich.

Die öffentliche Veranstaltung am Nachmittag stand ganz im Zeichen der Steuergerechtigkeit. Seit 2015 ruft die DSTG am letzten Mittwoch im September zum bundesweiten Tag der Steuergerechtigkeit auf. In diesem Jahr fand der bundes-

weite Aktionstag zentral in Oberhausen statt.

Im Mittelpunkt stand die Podiumsdiskussion zu dem zentralen Thema Steuergerechtigkeit, auch vor dem Hintergrund des vorherr-



Rainer Hengst, Roland Staude und Marc Kleischmann (v. l.)

© DSTG NRW (3)

schenden Personalmangels sowie die Rolle der Finanzverwaltung im Zusammenspiel mit den Gemeinden. Unter fachkundiger Leitung der WDR5-Moderatorin Judith Schulte-Loh kamen neben Herrn Dr. Landsberg auch

das Bundesleitungsmitglied und stellvertretende DBB NRW Vorsitzende Andrea Sauer-Schnieber, das Jurymitglied Dr. Andreas Eich und der Landesvorsitzende der DSTG NRW, Manfred Lehmann, für die DSTG zu Wort.

Vorstandswahlen

Rainer Hengst wurde als erster Stellvertreter gewählt. Als weitere Stellvertreter wurden gewählt: **Milanie Hengst, Detlef Mohr, Helmut Pauls** und **Katrin Thommessen** sowie für den Tarifbereich **Silke Oligschläger**. Schließlich wurde **Uwe Winkler**

als Schatzmeister von den Delegierten gewählt.

Komplettiert wird das Team durch die sog. geborenen Mitglieder **Rainer Vollmer** (HPR-Vorsitzender), **Manfred Lehmann** (DSTG-Landesvorsitzender) und **Karl-Heinz Leverkus** (Mitglied der DSTG-



Der neu gewählte Vorstand



DBB NRW Vorstand zu Besuch auf Bezirksverbandstag: Himmet Ertürk, Astrid Walter-Stritzel, Erich Rettinghaus, Marc Kleischmann, Andrea Sauer-Schnieber, Rainer Hengst und Andreas Hemsing (v. l.)

Bundesleitung) sowie die Vorsitzenden der Bezirksjugendleitung, **Magdalena Gambus**, der Frauenvertretung, **Diana Wedemeier**, und der Bezirksseniorvertretung, **Günter Gonsior**.

Andrea Breuer, die nicht mehr als Stellvertreterin kandidierte, wurde zusammen mit **Jürgen Deimel**, der als geborenes Mitglied bereits Ende 2018 aus-

tag für ihr jahrzehntelanges Engagement die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

2017 haben sich die DSTG-Bezirksverbände Düsseldorf und Köln zum Rheinland zusammengeschlossen. In der zweijährigen Übergangszeit und mit der Doppelspitze aus Rainer Hengst und Marc Kleischmann sollte dann die interne Fusion folgen.

Roland Stauder trifft Annegret Kramp-Karrenbauer

Auf dem diesjährigen Sommerfest der NRW Landesregierung in Berlin sprach der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Stauder**, mit der CDU-Bundesvorsitzenden und Bundesverteidigungsministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer**.



Stauder und Kramp-Karrenbauer sowie Ingo John, Bundesvorstand dbb AG CDA (v. r.)

Höchste Zeit, ...

Debeka-Landesgeschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen

Burgwall 15, 44135 Dortmund
Telefon (02 31) 61 01 - 0

Karlstr. 76, 40210 Düsseldorf
Telefon (02 11) 1 67 06 - 0

De-la-Chevalerie-Str. 23, 45894 Gelsenkirchen
Telefon (02 09) 38 64 69 - 0

Straße des 17. Juni 4 a, 51103 Köln
Telefon (02 21) 20 86 - 0

Windthorststr. 14, 48136 Münster
Telefon (02 51) 48 31 - 0

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Info
(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de



Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Markus Klügel (MK), Johanna Muschalik (JM) und Maltke Poerschke (MP).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB verlag gmbh. **Internet:** www.DBBverlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@DBBverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

DBB NRW Landesseniorenvertretung bei der GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik

Mitglieder der Landesseniorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen trafen sich zu einem Informativbesuch im Rahmen einer externen Sitzung im Ausstellungszentrum der GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik in Iserlohn.



Landesseniorenvertretung bei der GGT

Ernährungsseminar der dbb jugend nrw

Schnell und gesund kochen im Berufsalltag

Gute Vorsätze müssen nicht zwangsläufig zum 1. Januar eines Jahres in Angriff genommen werden: Die Seminarteilnehmer des Ernährungsseminars der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, dbb jugend nrw, haben das Thema „Gesunde Ernährung“ an einem sommerlichen Wochenende mitten im August in den Fokus gerückt.

Jeder kennt es: schnell mal zum Bäcker nebenan oder in die Imbissstube – so sehen Mittagspausen im Büro häufig

aus. Nach dem Snack fühlt man sich oft eher schlapp und konzentrationslos als fit für den Nachmittagsenspurt.



Acht Teilnehmern und Teilnehmerinnen besuchten das Ernährungsseminar der dbb jugend nrw

dbb jugend



Inhalt des Seminars: Information und Inspiration rund um das Thema „gesunde Ernährung“

Auch am Abend, nach einem langen Tag am Arbeitsplatz, Terminen oder Ehrenamt nach Feierabend, fällt es manchmal schwer, noch gesunde Gerichte selbst zu zubereiten.

Gesunde Ernährung ist trotz kurzer Mittagspause und langen Arbeitstagen möglich und gar nicht so schwer, im Alltag umzusetzen! Das durften acht Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Ernährungsseminar der dbb jugend nrw erfahren. Über zwei Tage gab es viele Tipps, Rezepte und Kochanleitungen. Vor allem wurden schnelle Mittags-Snacks, schmackhafte Abendessen und vollwertige Zwischenmahlzeiten im Team gezaubert und gleich ausprobiert.

Rund um das Thema „Gesunde Ernährung im Berufsalltag“ waren die beiden Seminartage voller interessanter Informationen und Inspiration. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren am Ende des Seminars guter Dinge, die Tipps und Tricks zur gesunden Ernährung in den Alltag integrieren zu können.

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Melkkarussell, Schafe, Ponys, Kleintiere, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne-Fewos, für 2–6 Pers., Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541, www.rickerts.de